

### »Innere Spannungsperiode« – ein Phantasieprodukt

Verteidigungszustand bedeutete Krieg. Die militärische Spannungsperiode wäre dem Verteidigungszustand vorangegangen. Das heißt unmißverständlich: Die militärische Spannungsperiode wäre bei Erwartung einer militärischen Aggression von außen eingetreten. Von den »Aufbereitern« der Geschichte der DDR und des MfS wird dagegen wider besseren Wissens von einer »inneren Spannungsperiode« gesprochen. (Etwa in der von der BStU-Behörde herausgegebenen Schrift »Vorbereitung auf den Tag X« von Auerbach.)<sup>6</sup> Gemeint damit sind innere Unruhen oder ein innerer Notstand. Im Zusammenhang mit den Vorbereitungsmaßnahmen in der DDR wird man diesen Begriff und die daraus abgeleitete Interpretation allerdings

#### 407

vergeblich suchen. Als angeblichen »Beweis« für seine Behauptung verweist Auerbach auf Ausführungen Erich Mielkes in der Dienstbesprechung am 26. Februar 1988, in der der Minister denkbare Varianten für den Beginn einer militärischen Spannungsperiode erläuterte. Dieser Beginn könne auch charakterisiert sein »durch sich verschärfende innere Lagebedingungen eines sozialistischen Landes, die durch innere wie auch äußere Feinde zur Herbeiführung von die staatliche Sicherheit erheblich gefährdende Entwicklungen mißbraucht werden können«.<sup>7</sup>

Es war auch dort keine Rede von einer inneren Spannungsperiode. Vielmehr betonte Erich Mielke, daß die Vorbereitung und Realisierung des spezifisch-operativen Vorbeugungskomplexes erst bei Eskalation aggressionsvorbereitender Maßnahmen des Gegners und der damit verbundenen

Überführung des Landes in den Verteidigungszustand erfolgen sollte.<sup>8</sup>

Und an anderer Stelle dieses Referats präziserte er, Aufgabe des MfS in der Zeit vor Beginn einer Aggression, vor allem in einer Spannungsperiode (womit also ausdrücklich der militärische Charakter betont war) und dieser unmittelbar vorgelagerten Zeit sei es, Maßnahmen zur Vorbereitung und Realisierung der spezifisch-operativen Vorbeugungsdokumente (für Verhaftungen, Internierungen, Isolierungen und Überwachungen) durchzuführen.<sup>9</sup>

Zum Abschluß seines Referates betonte Mielke noch einmal, daß die gesamte Vorbereitungsarbeit des MfS dazu diene, veränderten Lagebedingungen im Hinblick auf mögliche militärischer Konflikte oder einer direkten Aggression entsprechen zu können.<sup>10</sup>

Aus heutiger Sicht ließe sich also allenfalls als Ausdruck des Voluntarismus der SED-Führung und ihr ernsthaftes Versäumnis bemängeln, daß in der DDR keine gesetzlichen Grundlagen für die Bewältigung eines inneren Notstandes erlassen wurden.

Diesen Fehler machte die Führung der Bundesrepublik jedenfalls nicht, wie deren Notstandsgesetze beweisen.

Von erstrangiger Bedeutung ist die Tatsache, daß die *Militärdoktrin der DDR auf den Kampf gegen den Krieg orientierte und ausschließlich von der Verteidigung der DDR ausging. Alle vorbereitenden Maßnahmen zur Mobilmachung hatten also eindeutig Verteidigungscharakter.*

Auch die DDR hatte mit ihrer Mitgliedschaft im Vertrag über die Ächtung des Krieges (Briand-Kellogg-Pakt vom 27. August 1928) feierlich erklärt, daß sie den Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitfälle verurteilt und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten verzichtet.

#### 408

In krassem Gegensatz zu diesen Tatsachen stehen Behauptungen, die der Autor Wenzel in seinem Buch »Kriegsbereit – Der NVR der DDR 1960 bis 1989« aufstellt.<sup>11</sup>

Beschlüsse und Maßnahmen des Nationalen Verteidigungsrates auf politisch höchst eigenwillige Weise »deutend«, schlußfolgert Wenzel, »die Armeen des Warschauer Paktes wurden für den Angriff ausgebildet; Angriffsabsichten der NATO dagegen waren nicht zu belegen.«<sup>12</sup>

Des weiteren behauptet er, die DDR habe Pläne zur Eroberung Westberlins, Westdeutschlands und Westeuropas ausgearbeitet.<sup>13</sup> Und an anderer Stelle spricht Wenzel sogar von der Vorbereitung des »totalen Krieges« in der DDR.<sup>14</sup>

Als »Beweise« dafür nennt er: die umfangreichen und intensiven Vorbereitungsmaßnahmen der DDR auf einen Verteidigungszustand; das Fehlen

eines tiefgestaffelten Verteidigungssystems in der DDR; die Aktion »Bordkante« – Übungen zur Einnahme Westberlins im Falle einer Aggression gegen die DDR; die immer wiederkehrende Forderung nach kriegsbezogenem Denken und Handeln, worauf bereits eingegangen wurde; die »Vorbereitung« von Kadern für den Einsatz in besetzten Gebieten des Kriegsgegners nach Zurückdrängung des Aggressors auf sein eigenes Territorium; die Nutzung des militärökonomischen Potentials des Kriegsgegners. Würde die geheime Vorbereitungsarbeit in der Alt-BRD genauso offen und konzentriert dargelegt wie die der DDR, käme man zweifelsohne zwingend zu der Schlußfolgerung, daß die DDR unverantwortlich gehandelt hätte, wenn sie sich nicht umfassend auf den Verteidigungszustand vorbereitet hätte. Angesichts solcher Dokumente wie »DECO II« oder der bis 1989 durchgeführten großangelegten Manöver wie »Autumn Forge« in unmittelbarer Nähe zur Grenze BRD-DDR mußte die DDR Aggressionsabsichten der BRD in Rechnung stellen. Mit »Autumn Forge« war auf dem Territorium der BRD die Entfaltung von Streitkräftegruppierungen in voller Gefechtsbereitschaft erfolgt, die für eine überraschende Aggression aus der Übungslage heraus ausgereicht hätte. »DECO II« aus dem Jahre 1955 sah nicht nur die militärische Einverleibung der DDR in die BRD vor, sondern auch militärische Schläge gegen Polen und Ungarn unter Verletzung der Neutralität Österreichs.

Armeegeneral a. D. Heinz Keßler schrieb dazu in seinen Erinnerungen, daß die NATO durchaus offensiv orientierte Konzeptionen besaß. »Und besonders beunruhigend war, daß die NATO stets auch an der Konzeption des ›Erstschlages‹, also der Abschreckung einschließlich eines Ersteinsatzes von Kernwaffen, festgehalten hatte und selbst nach Beginn erster Abrü-

**409**

stungsmaßnahmen sofort dazu übergang, diese rasch zu kompensieren und ›Nachfolgesysteme‹ zu entwickeln. So etwa die Rakete ›Lance‹ mit einer Reichweite sehr knapp unter der soeben vereinbarten 500-Kilometer Grenze« für die Mittelstreckenraketen.<sup>15</sup>

Mit aller Eindeutigkeit muß festgestellt werden: *Die Militärdoktrin der DDR ging immer von der Abwehr einer Aggression des Gegners aus. Eigene Aggressionsabsichten wird man vergebens in den Dokumenten der Verteidigungsvorbereitung der DDR suchen.* Sie wären auch auf totale Ablehnung der Angehörigen der bewaffneten Organe gestoßen.

Übungen der NVA gingen nie von der Konzeption »erster Schläge« aus, sondern immer von einer defensiven Position, schreibt Armeegeneral a. D. Heinz Keßler. Auch die sowjetischen Kommandeure im Gemeinsamen Kommando bestanden darauf, daß Präventivschläge nicht vorgesehen wurden.

<sup>16</sup>

Nicht zuletzt sei darauf hingewiesen, daß die DDR aktiven Anteil am Zustandekommen des Stockholmer Dokuments »über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa« (VSBM) im Jahre 1986 hatte. Die Umsetzung dieses Beschlusses der Stockholmer Konferenz wurde in der DDR unverzüglich und konsequent in Angriff genommen. Bekanntlich beinhaltet dieses Dokument die umfassende internationale Kontrolle militärischer Aktivitäten aller Teilnehmerstaaten.

Bis 1987 gab es in der Militärdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten die Illusion, den Aggressor auf das eigene Territorium zurückdrängen und dort zerschlagen zu können. Das war deshalb eine Illusion, weil es spätestens nach 100 Kilometern Eindringtiefe zum Einsatz taktischer Kernwaffen der NATO im Rahmen ihrer »Vorneverteidigung« gekommen wäre.

Eine realistische Einschätzung gab Armeegeneral Heinz Keßler bereits 1975, als er feststellte, daß sich ein Krieg in Europa sehr schnell zu einem verheerenden Atomkrieg entwickelt hätte.<sup>17</sup>

Der Einsatz von Atomwaffen der NATO hätte unweigerlich zu einem alles vernichtenden Atomkrieg geführt.

In Zentraleuropa standen sich beide Militärböcke mit der massivsten Konzentration an militärischer Macht unmittelbar gegenüber.

Über die militärische Kräftermassierung auf dem Territorium der DDR wurde in den letzten Jahren viel veröffentlicht. Nicht ganz so offen wird mit den Tatsachen umgegangen, daß sich Mitte der 80er Jahre in der BRD 108 Raketensysteme Pershing II, 96 Flügelraketen, 156 operativ-taktische Raketensysteme und einige Tausend Artilleriesysteme, die sich für den

Verschuß von Kerngranaten eigneten, befanden. Von den 7.000 bis 8.000

#### 410

Kernmitteln in Westeuropa lagerten ca 6.000 in der BRD. Das hätte gereicht, Europa mehrfach auszulöschen.

Zu diesem Zeitpunkt waren in der BRD 903.200 Soldaten disloziert.<sup>18</sup>

Unter diesen Bedingungen war es wohl kaum verwunderlich, daß viele Menschen in der DDR Angstgefühle hatten, wenn bei Übungen in der BRD in unmittelbarer Nähe zur Staatsgrenze der DDR die Entfaltung der Streitkräfte in voller Gefechtsbereitschaft, die für eine überraschende Aggression ausreichend war, erfolgte.

Über die unvorstellbare Härte eines möglichen Krieges zwischen den damaligen Supermächten legen die Gefechtsfeldvorschrift der Landstreitkräfte der UdSSR-GV.LasK und die Felddienstvorschrift der US Army FM 100-5 beredtes Zeugnis ab. In beiden Vorschriften wurde davon ausgegangen, daß sich Kriege zu Weltkriegen mit unbegrenztem Einsatz von Kernwaffen ausweiten könnten.

In der GV-LasK heißt es: Solche Kriege würden von beiden Seiten »mit äußerster entschiedenen politischen und militärischen Zielsetzungen geführt.

«<sup>19</sup>

In der 100-5: »Schlachten bisher nicht gekanntem Ausmaßes und nicht gekanntem Intensität«.<sup>20</sup>

»Angriffsfeldzüge«, so die amerikanische 100-5, seien »so unerbittlich vorzutragen, daß sich der Gegner nicht vom ersten Schlag erholen kann.«<sup>21</sup>

Die DDR wäre in einem solchen Krieg Frontgebiet gewesen. Bedrohungsängste, die es auf beiden Seiten gab, waren also keineswegs geheuchelt.

Die NATO ging davon aus, daß die Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten Angriffsoperationen beginnen. Es gab also auf beiden Seiten ein gefährliches Mißtrauen.

Aus diesen Tatsachen erwuchs objektiv ein Sicherheitsbedürfnis. In der DDR wurde es zweifellos übersteigert durch eine dogmatische Innen- und Sicherheitspolitik, die zunehmend in Widerspruch zur Außenpolitik geriet. Auch waren die sowjetischen Einflüsse unübersehbar.

Die Sowjetunion hatte ihre besonderen Erfahrungen aus den Interventionskriegen 1918-1921 und aus dem »Großen Vaterländische Krieg« 1941-1945. Das Trauma von der Anfangsperiode gerade dieses letzten verheerenden Krieges beeinflusste nicht unerheblich die Vorgaben für die Vorbereitung des Verteidigungszustandes.

Auch in der BRD gab es umfangreiche und intensive Vorbereitungsmaßnahmen.

Erinnert sei nur an die großangelegte Übung »Wintex/Cimex«

1989, die aus der verbunkerten Führungsstelle Neuenahr/Ahrweiler geführt

#### 411

wurde. Bei dieser Übung ging es um die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt unter Kriegsbedingungen, um die Organisierung vielseitiger Leistungen des zivilen Bereiches für die NATO Streitkräfte, die Umstellung der Wirtschaft auf Kriegsproduktion, die Zwangsevakuierung von mehr als zwei Millionen Personen aus der Grenzzone und aus Einsatzräumen von Streitkräften sowie die Lenkung der erwarteten großen Flüchtlingsströme.<sup>22</sup>

Um ähnliche Aufgaben ging es auch bei den Übungen in der DDR. 1987 setzte sich – unter dem Einfluß von »Neuem Denken« (Perestroika und Glasnost) – mit der neuen Verteidigungsdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten die Position durch, daß ein Krieg unter allen Umständen zu verhindern sei und Verteidigungshandlungen, die dennoch notwendig würden, auf das eigene Territorium beschränkt bleiben müßten.

Die Grundaussagen des 1987 vom Politisch Beratenden Ausschuß des Warschauer Vertrages in Berlin verabschiedeten Dokumentes waren:

1. Die Verteidigungsanstrengungen der Staaten des Warschauer Vertrages tragen ausschließlich defensiven Charakter.
2. Im nuklear-kosmischen Zeitalter sind militärische Gewalt und Gewaltandrohung durch politische Mittel zu bannen.
3. Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen mit dem Ziel, daß die Streitkräfte beider Bündnisysteme nicht mehr angriffsfähig sind.
4. Der Vorschlag, die Militärdoktrinen beider Bündnisysteme miteinander zu vergleichen, um gegenseitig Argwohn und beiderseitiges Mißtrauen abzubauen.